

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2956, das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2959, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2977, das ist der interfraktionelle Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)
Schuldenpräventionsprogramme für Jugendliche (Drs. 16/2957)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Brigitte Meyer von der FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren! Im Straßenbild und in der Öffentlichkeit ist es schon fast eine Selbstverständlichkeit, dass Kinder mit einem Handy herumlaufen und damit telefonieren. Wahrscheinlich wird auch in diesem Jahr unter dem Weihnachtsbaum für viele Kinder und Jugendliche ein Handy liegen. Dieser Umstand hat uns animiert, einen Punkt aus dem Sozialbericht aufzugreifen, nämlich die Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche. Die vorhandenen Präventionsprogramme richten sich in der Regel an Eltern von

Kleinkindern, an Schülerinnen und Schüler an Grund-, Haupt- und Berufsschulen sowie an Gymnasien.

Diese zahlreich vorhandenen Präventionsprogramme scheinen in aller Regel weder vernetzt noch jemals auf ihre Wirkung hin evaluiert worden zu sein. Fängt Bildungs- und Chancengleichheit nicht auch beim richtigen Umgang mit Geld an? Sind Prävention und Information nicht ein besserer Weg als ein nachträglicher, mühseliger Schuldenabbau, möglicherweise über die Insolvenzberatung?

Ein Drittel aller Klienten der Schuldnerberatung ist noch keine 35 Jahre alt. Demnach ist davon auszugehen, dass diese Menschen bereits sehr früh einen unsachgemäßen Umgang mit dem Geld praktiziert haben. Schulden führen häufig zu einer Reihe von psychischen und physischen Leiden, welche durch wirksame Schuldenpräventionsprogramme vermieden werden könnten. Die im Sozialbericht aufgeführten Forschungsergebnisse legen nahe, dass nicht nur die Rahmenbedingungen für die Bezieher niedriger Einkommen und Familien, sondern auch die Allgemeinbildung von Kindern und Jugendlichen verbessert und die soziale Vererbung von Bildungsarmut überwunden werden müssen.

Die Ergebnisse belegen, dass die wirtschaftliche und finanzielle Bildung von Kindern und Jugendlichen hinter den veränderten Lebensbedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses weit zurückgeblieben ist. Konkret ausgedrückt heißt das, dass Kinder und Jugendliche nicht ausreichend auf das komplexe und komplizierte Angebot an Finanzdienstleistungen und auf die Regeln des Geldverkehrs vorbereitet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist sehr wohl bewusst, dass Schuldenpräventionsprogramme eigentlich bei den Kommunen angesiedelt sind. Dieses Thema liegt mir aber sehr am Herzen. Ich möchte, dass Schuldenpräventionsprogramme, wo sie angewendet werden, auch wirksam angewendet werden.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nicht sein, dass wir dafür Geld ausgeben, diese Programme aber überhaupt nichts im Hinblick auf das eigentliche Problem bewirken oder wegen ihrer Vereinzelung und mangelnden Vernetzung in ihrer Wirkung schlichtweg verpuffen. Die zu begrüßende Eigenverantwortlichkeit und Pluralität der einzelnen Schuldenpräventionsprogramme für Kinder und Jugendliche darf nicht mit Unwirksamkeit und Alleingang einhergehen; denn dafür ist diese Thematik einfach zu wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Wir bitten deshalb die Staatsregierung, uns zunächst einen Überblick über die derzeit in Bayern angebotenen Präventionsprogramme zu geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie recht herzlich um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landessozialbericht hat es deutlich gemacht: Vor allem junge Menschen haben häufig Probleme, mit dem zur Verfügung stehenden Geld zurechtzukommen, und sind von Überschuldung bedroht. Als Ursache steht die unwirtschaftliche Haushaltsführung an erster Stelle, die sich auch bei höheren Altersgruppen wie ein roter Faden durch die Schuldenbiographien zieht. Besonders betroffen sind die Bezieher niedriger Einkommen, aber auch junge Erwachsene, insbesondere dann, wenn die Familiengründung sehr früh oder unvorbereitet erfolgt, akut junge Alleinerziehende.

Umfragen zufolge ist bereits bei Teenies ein Trend absehbar, sich von Verwandten oder Freunden schnell einmal Geld zu leihen, um sich trotz eines finanziellen Engpasses einen Konsumwunsch zu erfüllen. Dabei spielt natürlich eine Rolle, welche Orientierung Heranwachsende zu Hause im Elternhaus erfahren. Selbstverständlich herrschen in den unterschiedlichen Familien sehr individuelle Werthaltungen vor, die sich förderlich oder eben auch hinderlich auf die spätere Lebensgestaltung auswirken. Hinzu kommen coole Sprüche von Marketing-Strategen, bei denen die schnellstmögliche Erfüllung von Konsumwünschen die Kernbotschaft ist.

Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass an unseren Schulen Chancen genutzt werden, den Umgang mit Geld möglichst handlungsorientiert, praxisnah und am Alltag der Jugendlichen ausgerichtet zu thematisieren. Planspiele und Projekte, Exkursionen und Schülerfirmen sind geeignete Methoden, die Jugendlichen aktiv zu beteiligen. Ganztagsangebote bieten hier besondere Möglichkeiten, auch unter Einsatz von außerschulischen Experten. Dass solche Angebote gern angenommen werden, beweist das Projekt "Fit in die Zukunft", das vom Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft getragen, vom bayerischen Verbraucherschutzministerium gefördert und sogar von der Universität Augsburg evaluiert worden ist. Solche Kurse sind effizient und nachhaltig, weil sie sich nicht mit Schulbuch und isolierten Lernbausteinen befassen, sondern die konkreten Anliegen der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen, nämlich den eigenen Handy-

Vertrag, das zur Verfügung stehende Taschengeld oder auch den eigenen teuren Medienkonsum.

Die Angebotspalette der Jugendarbeit ist ebenso ein geeigneter Platz, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Deshalb begrüßen wir den Berichtsantrag; denn er ermöglicht uns einen Vergleich der vorhandenen Angebote und lässt uns eine gute Weiterentwicklung auf den Weg bringen, die Prävention in den Mittelpunkt stellt und nicht zu einem späteren Zeitpunkt Insolvenzberater in die Gänge kommen lassen muss.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. - Frau Kollegin, Entschuldigung! - Sie waren schnell weg, bitte bleiben Sie am Rednerpult; denn Herr Kollege Pfaffmann hat sich für eine Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es natürlich sehr, wenn viel getan wird, um die Überschuldung von jungen Menschen in der täglichen Politik zu berücksichtigen. Sind Sie denn gleichzeitig bereit, die Gründe, die zu Geldmangel in den Familien führen, politisch zu bewerten, zum Beispiel durch die Abschaffung der Studiengebühren, durch eine Verbesserung bei den Nebenkosten der Beschulung in Höhe von monatlich über 100 Euro, durch die Aufgabe ihres Widerstands gegen den Mindestlohn und durch die Verbesserung der finanziellen Lage der Familien? Sind Sie bereit, diese Themen endlich politisch zu problematisieren und den entsprechenden Anträgen zuzustimmen, um präventiv zu wirken und die Gründe für den Geldmangel in den Familien gerade bei den Alleinerziehenden zu beseitigen, anstatt immer nur Berichte zu verlangen, die letztlich, wie Ihre Vorrednerin gesagt hat, in den Schubladen der Ministerien verschwinden?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Brendel-Fischer, Sie haben das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Pfaffmann, ich denke, es gibt eine breite Palette von Möglichkeiten, die man nutzen muss. Bei dem vorliegenden Antrag geht es aber darum, den jungen Menschen bewusst zu machen, wie sie mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Einkommen auskommen.

Auf der Prioritätenliste müssen hier an erster Stelle die notwendigen Ausgaben stehen. Das gilt im Übrigen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Auch reiche Jugendliche haben hier oft ein Problem, das sie zwar nicht

gleich in die Überschuldung führt, aber es ist kein guter Lebensstil, den sie entwickeln. Wir wissen alle, dass es über kurz oder lang schnell passieren kann, dass man plötzlich sehr wenig Geld zur Verfügung hat. Wir kennen junge Leute, die plötzlich mit Hartz IV auskommen müssen und sich schnell auf den Weg machen müssen, um umzuschalten. Damit der Hebel so umgeschaltet werden kann, dass er richtig steht, braucht man die Strategie, dass zuerst das Notwendige kommt, dann das Nützliche und zum Schluss das Angenehme. Diese Reihenfolge gilt es einzuhalten, und zwar unabhängig vom Geldbeutel.

Für den Fall, dass Studiengebühren aufgrund der finanziellen Situation nicht geleistet werden können, gibt es eine Regelung. Sie wissen sehr wohl, dass über einem Drittel der Studierenden die Studiengebühren erlassen werden. Sie kennen auch die Geschwisterregelung. Es gibt die Subsidiarität in allen Lebensbereichen, in denen es möglich ist.

Der Antrag heute bezieht sich auf ein anderes Problem und hat einen ganz anderen Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Linus Förster das Wort. Bitte schön.

Dr. Linus Förster (SPD): Merry Christmas, Mr. President!

(Allgemeine Heiterkeit - Markus Sackmann (CSU):
Schauen wir mal, was die Rede für eine Besche-
rung bringt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie um etwas mehr Engagement, um den vielleicht von diesen Maßnahmen betroffenen Jugendlichen oben auf der Zuschauertribüne klarzumachen, dass es hier nicht um einen Schaufenstervortrag geht, sondern dass wir ernsthaft über einen kurzen und bündigen, aber bestimmt nicht falschen Antrag der FDP diskutieren. Ein paar Fragezeichen gibt es allerdings schon, gerade was "kurz und bündig" betrifft.

Erst einmal bin ich überrascht, dass dieser Antrag lediglich einen Bericht und dazu noch einen dringlichen Bericht über präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der Überschuldung bei Jugendlichen fordert, wobei Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, anscheinend schon genau zu wissen glauben, was man Ihnen berichten wird, nämlich dass die Präventionsmaterialien nicht hinreichend auf ihre Wirksamkeit evaluiert und die Maßnahmen zumeist nicht ausreichend vernetzt sind. Sie meinen, dass Kinder und Jugendliche bei uns

im Freistaat nicht ausreichend auf den richtigen Umgang mit dem Geld vorbereitet werden. Sie schreiben das in Ihrem Antrag und sagen, dass Sie das dem aktuellen Sozialbericht entnehmen. Warum fordern Sie also einen Bericht der Staatsregierung, der Sie, soviel ich weiß, angehören, statt konkrete Maßnahmen zu fordern, mit denen die Prävention verbessert werden kann?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, weiter überrascht mich - das allerdings positiv -, dass Sie in Ihrem Antrag die soziale Vererbung von Bildungsarmut monieren. Ich hatte bisher immer den Eindruck - ähnlich wie Kollege Pfaffmann es in seiner Zwischenintervention angedeutet hat -, dass Sie eigentlich kein großes Problem mit unterschiedlichen einkommens- und schichtspezifischen Bildungschancen haben. Ich denke hier zum Beispiel an die Diskussion über die Studiengebühren. In diesem Punkt hat mich Ihr Antrag überrascht und erfreut. Wenn Sie im Kampf gegen die Staatsregierung in Sachen Bildungsgerechtigkeit Hilfe brauchen, stehen wir an Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon werden meine Fraktion und ich den Dringlichkeitsantrag unterstützen, weil wir Schuldenpräventionsprogramme grundsätzlich richtig und wichtig finden und präventiven Maßnahmen grundsätzlich Vorrang vor Strafen einräumen.

Damit bin ich beim dritten Punkt, der mich bei Ihrem Antrag überrascht hat. Mich wundert, dass Sie Ihr Koalitionspartner nicht zurückgepfiffen hat; denn schließlich gehört Präventionsarbeit nicht unbedingt immer zu den Wegen, die Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CSU in der Jugendpolitik primär gehen wollen. Ich denke zum Beispiel an die Diskussion über die Verschärfung des Jugendstrafrechts.

Kommen wir zum Antrag. Dass aktive Präventionsarbeit zur Verminderung der Verschuldung von jungen Menschen bei uns im Freistaat wichtig ist, zeigt nicht zuletzt der Befund aus dem Zweiten Bayerischen Sozialbericht, wie Sie im Antrag richtig ausführen und wie auch die Rednerin der CSU richtig gesagt hat. Dort wird unwirtschaftliche Haushaltshaltung bei über der Hälfte der Fälle als Hauptgrund für die Überschuldung von jungen Menschen zwischen 19 und 25 Jahren angegeben. Dies zeigt, dass eine bessere Vorbereitung der jungen Menschen im Hinblick auf den richtigen und vernünftigen Umgang mit Geld wichtig ist. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die beste Vorbeugung gegen die Überschuldung von jungen Menschen die Vermeidung ihres Armutsrisikos ist. Nach der unwirtschaftli-

chen Haushaltsführung ist nämlich Arbeitslosigkeit die zweite Hauptursache für die Verschuldung der jungen Menschen im Freistaat, und gegen Arbeitslosigkeit hilft nun einmal keine Aufklärung über den Umgang mit Geld.

Die Befunde des Zweiten Sozialberichts zeigen, dass Bayern zwar bei der Kinder- und Jugendarmut im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet noch relativ gut dasteht. Aber was uns Sorgen bereiten muss, liebe Kollegen und Kolleginnen, ist doch der relative Anstieg der Kinder- und Jugendarmut, der bei uns in Bayern zu verzeichnen ist. Sorgen bereiten muss uns die Wohlstandsschere, die in Bayern immer weiter auseinanderklafft. Sorgen bereiten müssen uns die Kids, die mittags nichts zum Essen bekommen. Sie wissen, liebe Kollegen und Kolleginnen hier auf der Regierungsbank: Von dem Geld, das wir bei der Landesbank verloren haben, hätten wir zehn Jahre lang jedem Schüler in Bayern ein warmes Mittagessen finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Die beste Präventionsarbeit hilft nicht, wenn die Bayerische Staatsregierung weiterhin eine Politik macht, die immer mehr Jugendliche in die Armut treibt. Wir wissen alle: Der Schlüssel, nicht in die Armut- und Schuldenfalle zu geraten, ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung. Solange die Staatsregierung hier weiter vor sich hinräumt, wird sich an der Verschuldungsproblematik von Jugendlichen in Bayern nicht viel ändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch eine letzte Anmerkung zum vorliegenden Antrag. Wenn wir auf den Sozialbericht, auf den Sie sich beziehen, nicht zehn Jahre hätten warten müssen, wären wir schon viel früher auf die Diskrepanz zwischen zahlreichen bestehenden Programmen und deren fehlender Wirksamkeit aufmerksam geworden und hätten schon viel früher handeln können. - Frohes Fest!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung liegt bei Herrn Glauber von den Freien Wählern. Bitte.

Thorsten Glauber (FW): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hat das neueste Handy, wer hat die angesagtesten Klamotten, insbesondere von der richtigen Marke, T-Shirts für mehr als 150 Euro? Das ist eine Lektion, die Kinder und Jugendliche bereits sehr früh verinnerlichen. Wer bei Klamotten und technischem Equipment die Nase vorn hat, kann mithalten und wird akzeptiert.

Für manche Jugendliche kann das bereits der Startschuss in die Schuldnerlaufbahn sein. Sie wollen auf

eigenen Füßen stehen, bei den Eltern ausziehen, eigene Wohnung, eigenes Auto, eigenes Konto - ein eigenes Leben eben. Das jedoch steht allzu oft auf wackligen Füßen. Gerade bei jungen Berufsanfängern können die Einkünfte häufig nicht mit dem Lebensstil mithalten. Eine konkrete Vorstellung davon, was das Leben eigentlich kostet, fehlt, und der richtige Umgang mit Geld wird selten vernünftig gelernt.

Durchschnittlich 5 % der Zehn- bis Zwölfjährigen, 11 % der Dreizehn- bis Siebzehnjährigen, 17 % der Achtzehn- bis Zwanzigjährigen und gar 19 % der Einundzwanzig- bis Vierundzwanzigjährigen sind bei uns verschuldet. Schulden gehören zum Alltag. Das mussten wir hier in diesem Haus ja leider auch wieder erleben.

(Heiterkeit)

Die entscheidende Frage ist aber, wofür Schulden gemacht werden: für Investitionen in die Zukunft oder die Befriedigung von Konsumwünschen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Als ständiger Begleiter von Jugendlichen steht das Handy heute immer mehr im Fokus. Da ist ein Schuldenpräventionsprogramm durchaus sinnvoll, denn 85 % der Jugendlichen besitzen heute ein Handy, für das durchschnittlich 20 Euro bis 50 Euro ausgegeben werden. Besorgniserregend ist vor allem aber das, was der Münchner Armutsbericht 2007 belegt: Kinder aus sozial schwachen Familien sind von einem überproportional hohen Risiko bedroht, später wiederum arm zu sein. Das Schulbildungsniveau der ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher ist vergleichsweise niedrig, das Fehlen eines schulischen Abschlusses kennzeichnet ein Viertel dieser Gruppe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir es nicht, allen Kindern gleiche Bildungschancen einzuräumen, werden sich die Kosten hierfür potenzieren. Im weiteren Lebensverlauf müssen die Kinder dafür die Rechnung tragen. Denn auch das hat der Sozialbericht gezeigt: Armut ist leider vererbbar. Laut Angaben der Jugendschuldnerberatung der AWO München hatten im vergangenen Jahr die jungen Ratsuchenden zwischen 4.000 Euro und 5.000 Euro Schulden - eine absolut besorgniserregende Tendenz.

Wir von den Freien Wählern unterstützen diesen Berichtsantrag. Wir haben aber auch die große Hoffnung, dass Sie dann auch in präventiven Maßnahmen enden, nicht nur in einem Bericht. Denn leider mussten wir bei dem Thema Jugend und Alkohol erkennen: Da war es nicht einmal notwendig, uns zu berichten und in irgendwelche präventive Maßnahmen einzusteigen. Leider ist

es aber so - Sie es können es in den Zeitungen tagtäglich lesen -, dass dieses Thema nicht vom Tisch kommen wird. Jugend und Alkohol ist ein Thema und genauso ist es die Schuldenprävention. Nicht nur berichten, sondern dann auch handeln!

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Hartmann nach vorn.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Auf der einen Seite haben wir steigende Lebenshaltungskosten, stagnierende und sinkende Löhne auf der anderen Seite, und dann haben wir auch wieder die gestiegenen Lebensansprüche und vor allem eine Wirtschaft, die fahrlässig einen Konsum auf Pump in den Fokus der Werbung rückt.

Für uns ist es ganz klar, dass wir diesen Berichtsantrag unterstützen. Das ist selbstverständlich. Es ist doch wohl auch jedem hier im Hohen Hause klar, dass die Prävention bei den Jugendlichen angesetzt werden muss.

Ich kann es ganz kurz machen, es wurde von meinen Vorrednern praktisch alles bereits gesagt, aber eine Bitte habe ich noch an die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion: Wir hoffen, dass dieser Berichtsantrag wirklich als erster Schritt gesehen wird und man anschließend auch die Konsequenzen daraus zieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die negativen Aussagen haben wir bereits im Sozialbericht, können wir dort nachlesen. Es kommt der Bericht als eine Art Zusammenfassung, vertieft auf dieses Thema, aber dann muss auch die Konsequenz folgen. Das ist ganz wichtig.

Für mich wie für unsere Fraktion ist es ein festes Anliegen: Eigentlich gehört ein Fach "Finanz- und Verbraucherkompetenz" in den Schulunterricht. Die Jugendlichen müssten rechtzeitig auf diese Themen eingestellt werden: Was heißt Schulden machen, wie entwickelt sich das? Es ist ganz wichtig, dass man tatsächlich an dem Thema dranbleibt. Mit einem Berichtsantrag allein werden wir dem nicht gerecht, was wir dringend machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zum Abschluss hat für die Staatsregierung Herr Sackmann ums Wort gebeten. Bitte.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch seitens der Staatsregierung begrüßen wir diesen Antrag. Wir halten ihn für gut und zielgerichtet.

Ich möchte aus gegebenem Anlass nur darauf verweisen, dass die Arbeits- und Sozialministerkonferenz erst vor wenigen Tagen hier in Bayern getagt hat und wir, die Länder, dort einen Antrag verabschiedet haben, von Bayern formuliert und einstimmig angenommen, der genau das, was gerade gesagt wurde, mit beinhaltet, nämlich, dass die Länder präventive Maßnahmen vorbereiten und hier auch entsprechend tätig sein wollen.

Natürlich ist es für uns alle miteinander schwierig, wenn wir im Schuldneratlas lesen, dass gerade bei den jungen Menschen ein deutlicher Anstieg der Verschuldung festzustellen ist. Aber ich darf gleichzeitig darauf verweisen, dass wir in dem Sozialbericht, den wir vor einigen Monaten vorgestellt haben, auch zu dem Ergebnis kommen konnten, dass Bayern nach wie vor die niedrigste Schuldnerquote hat. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass bei uns nach wie vor auch die Arbeitslosenquote am niedrigsten ist und wir hier auch entsprechende Ansätze finden.

Ich möchte jetzt nicht vertieft darauf eingehen - weil das dann auch Sache des Berichts sein wird -, was hier alles schon getan wird und getan werden soll. Ich denke zum Beispiel an die Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss Schuldnerberatung, an unser Projekt "Eltern-Talk" oder auch an Bereiche der Verbraucherbildung. Hier ist beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium vorgesehen und auch das Justizministerium hat entsprechende Dinge vorgesehen.

Meine Damen und Herren, wir werden das in dem Bericht darstellen, auf den ich damit verweisen möchte. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag, weil wir finden, es ist der richtige Antrag in der richtigen Zeit.

(Beifall bei der CSU - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Haben Sie denn vorher nicht mit den Ministerien zusammengearbeitet?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns hier oben liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2957 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Schmid? - Nein.